

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

6. Jahrgang Dresden, Montag den 21. Juli 1930 Nummer 167

Wir zeigen den Ausweg aus der Katastrophe!

Die KPD zur Reichstagsauflösung

Manifest des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

**Arbeiter und Arbeiterinnen!
Angestellte! Beamte!
Schaffende Bauern!**

Der Reichstag ist von der Regierung der Hindenburg-Fraktion aufgelöst worden. Die Regierung des Stahlhelms und des christlichen Zentrums, der Truistkapitäne und der Großgrundbesitzer hat ihn auseinandergerast, um das Regime des Notstandsartikels 48 unbehindert von seinen Schwanzschwänzen durchzuführen. In den nächsten Tagen werden die „Notstandsgesetze“, die auf Grund des Artikels 48 die neuen frechen und ausbeuterischen Youngsteuern diktiert, in neuer Form gegen das werttätige Volk erlassen werden.

Die letzten Tage dieses Reichstages standen im Zeichen des imperialistischen Kurzes der Regierung Brüning-Schiele-Franke-Wirth, die die Milliardenlasten des Youngplans, die Balken der Wirtschaftskrise mit größter Brutalität auf die arbeitenden Massen in Stadt und Land aufbürden will. Die Anwendung des Artikels 48 erfolgte gegen den Willen der Mehrheit des Volkes, ja selbst gegen den reaktionären Reichstag. Im Auftrag des Stahlhelms, „Netters“ Hindenburg, gestützt auf die Säbel der Reichswehrgeneräle, auf die Karabiner der sozialistischen Polizeipräsidenten, auf die braunen Mörderhände des Faschismus, und gleichzeitig gedeckt durch die knechtliche, zwanglose Scheinopposition der Sozialdemokratie ging die deutsche Bourgeoisie dazu über, ihre brutale Offensive gegen die Arbeiterlöhne, den Unterhaltungsraub und den Diebstahl an den materiellen Kräften durch einen neuen schändlichen Steuerraub auf Grund des Artikels 48 zu ergänzen.

Arbeiter! Werttätige!

Euch soll die Regereuer treffen, eine neue Belastung, die ohne Unterschied seines Einkommens — mag er Arbeiter sein oder Millionär — mit 6 Mark pro Kopf belastet, ja noch mehr die Erwerbslosen mit 3 Mark! Euch treffen die Einkommensteuer und Schenksteuer! Euch, Beamte, wird das „Muster“ bei Beibehaltung der hohen Ministergehälter und Pensionen, gestohlen.

Indem man diese neuen Millionensummen aus den werttätigen Massen herauspressen will, raubt man den Erwerbslosen die Fortschritte ihrer Unterstützung, baut man die letzten Kräfte der Kriegsoffer und Sozialrentner ab, plündert die Arbeiter durch unmensliche Verschlechterungen der Krankenversicherung aus und ruiniert man durch die Steuerlasten die verarmten Mittelständler.

Diese neue Massenbelastung wird diktatorisch mit Hilfe des Artikels 48 verordnet. Der Reichstag hatte zu parieren und zu beschwören. Die Regierung der Bourgeoisie zerschlägt selbst die „demokratische“ Fassade, bricht selbst ihre eigene Verfassung, breitet selbst das Kleid der „Gezetzlichkeit“ ab. Die Erhaltung der Herrschaft des Artikels 48, die Auflösung des Reichstages sind

entscheidende Schritte auf dem Wege zur faschistischen Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland.

Sie gehen aus von einer Regierung, die in den werttätigen Massen verhaßt ist und keinen Funken Vertrauen bei ihnen besitzt. Sie werden durchgeführt von einer Regierung, die der schwersten Wirtschaftskrise, die Deutschland und die gesamte kapitalistische Welt erschüttert, unfähig, bankrott gegenübersteht. Weit über drei Millionen Erwerbslose, weit über zwei Millionen Kurzarbeiter, Hunderttausende vom Ruin bedrohter Kleinbauern und Kleingewerbetreibender, immer neue verschobene Finanzkrisen im Reich, in den Ländern und Gemeinden — das sind die Tatsachen, die

das kapitalistische Youngdeutschland der Katastrophe entgegenreiben.

Was ist der „Ausweg“ der herrschenden Kapitalistenklasse aus diesen schweren Krisensituationen? Sie war nicht imstande, selbst mit diesem reaktionären, arbeitereindlichen Reichstag des Youngkapitals diese Frage auf parlamentarischem Wege zu lösen.

Sie sieht die händliche Verschärfung der Wirtschaftskrise durch den Youngplan, die Radikalisierung der Massen, den schärferen Widerspruch der unversöhnlichen Klassenfronten in Deutschland — und wollen sich die Brücke zur faschistischen Diktatur mit Hilfe des Artikels 48, mit Hilfe eines faschisierten neuen Reichstages bauen.

Was will die Kapitalistenklasse, was wollen ihre Lakaien?

Ihr erlebt es täglich selbst am eigenen Leibe: Lohn- und Gehaltsabbau, brutale Steuerbelastung der Werttätigen zugunsten der wachsenden Reichtümer der Großen. Dazu die politische Knechtung, Entrechtung und Unterdrückung der Werttätigen, um die kapitalistische Friedhofsruhe der Youngausbeutung zu „sichern“. Das ist die eine Seite des kapitalistischen „Ausweges“.

Der andere Teil ist der Versuch des deutschen Finanzkapitals, mit Hilfe des Artikels 48 und der weiteren Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur eine neue internationale Marktsituation des deutschen Imperialismus auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik zu errichten. Das bedeutet: wütendes Ringen mit den mächtigeren Konkurrenten, gesteigerte Kriegesgefahr auf Grund der Gegensätze zwischen den Imperialisten, die durch die Weltwirtschaftskrise sich härmlich verhätschen — und es bedeutet vor allem gemeinsame Rüstung der deutschen Bourgeoisie mit ihren Youngkumpen.

zum Handelskrieg gegen das Land der proletarischen Diktatur und des siegreichen Sozialismus, gegen die Sowjetunion!

Hunger, Faschismus und Krieg — das ist der kapitalistische „Ausweg“ aus der Krise.

An der Spitze dieser volksfeindlichen Politik marschiert das christliche Zentrum, die Partei des Reichsfänglers Brüning und des Schwerindustriellen Klotzner, die sich in den letzten Monaten immer frecher als eine faschistische Partei des Truistkapitals enthielt hat und die alle ihre imperialistischen Machtmittel und die christlichen Gewerkschaften für ihre imperialistische Diktaturpolitik einlegt. Mit ihr marschieren die „Demokraten“, die landbündlerischen Großgrundbesitzer und die Schwerindustrielle Deutsche Volkspartei.

Arbeiter! Mittelständler!

Gerade in den letzten Monaten zeigten sich die faschistischen Horden der Nazis als das schmutzigste Werkzeug des Finanzkapitals

im Dienste dieser räuberischen Politik der Youngkrawerei. Mit ihrer betrügerischen national- und sozialdemagogischen Propaganda verführten die Hitler-Faschisten, die ausgeplünderten radikalisierten Massen der Arbeiter und besonders des Mittelstandes und der werttätigen Bauern einzufangen. In Wirklichkeit aber befehlen die Führer dieser Hitler-Partei die Ministerkessel der thüringischen Youngregierung, bemühen sich um Ministerkessel in Sachsen, wenden das youngkapitalistische Zuchthausgesetz des Herrn Severing gegen die kommunistische

Ein Sozialdemokrat als Spardiktator

SPD-Sämisch vom Bürgerblock mit besonderen Vollmachten betraut

Berlin, den 21. Juli.

Der „Montag am Morgen“ berichtet, daß Brüning sofort mit der Durchführung seines eigentlich für den Herbst geplanten Sparprogramms beginnen will. Zu der Durchführung dieses Programms sollen dem Sparminister Sämisch außerordentliche Vollmachten erteilt werden. Ein Teil der Vorschläge, die Sämisch dem Kabinett machen wird, sollen mit Hilfe des Artikels 48 durchgeführt werden.

Aus dem Bericht geht hervor, in welcher Richtung sich die Sparvorschläge Sämisch bewegen. Es wird gesagt, daß fünf

seiner Gutachten aus dem Jahre 1929 über Sparmöglichkeiten im Reichshaushalt nicht beachtet worden wären. Das sind die Gutachten, die sich auf die Reduzierung der Beamtengehälter für die unteren Beamten und den Beamtenabbau beziehen. Dieser Anariff Sämisch auf die unteren Beamtenmassen sollen nunmehr mit Hilfe des Diktaturparagraphen durchgeführt werden.

Das ist eine gute Illustration zu dem verlogenen Wahlausruf der SPD, die sich angeblich gegen die Diktatur wendet. Denn Sämisch ist Sozialdemokrat, eine der stärksten Säulen dieser Hindenburg-Brüning-Diktatur.

Metallarbeiterstreik gegen Lohnraub

Bomageleugschaft Plauen an der Spitze der sächsischen Metallarbeiter / Leichgräbers fruchtlose Hebe gegen die RSD

Plauen, den 21. Juli.

Wie wir bereits am Sonnabend meldeten, hat die Belegschaft der „Bomag“ geschlossen die Arbeit niedergelegt. Sie ist gegen den von der Firma gekündigten Lohnabbau in den Streik getreten. Die Ankündigung der Firma über den Lohnabbau hat folgenden Wortlaut:

„Bekanntmachung!“

Hierdurch kündigen wir mit untenstehenden Ausnahmen unseren sämtlichen Akkordarbeitern den letzten Arbeitsvertrag zum Schluß unserer Schicht am Sonnabend, dem 19. Juli 1930, den schwerbeschädigten Akkordarbeitern zum 30. August 1930.

Die Kündigung erfolgt jedoch nicht zum Zwecke der Entlassung, sondern mit der Maßgabe, daß bis zum 19. Juli 1930 die Vereinbarung von Ende 1925 bzw. 18. Mai 1928 über die Zuschläge zu den Akkorden von 15 bis 30 Prozent noch gilt, daß sie aber ab 21. Juli 1930 in Wegfall kommt!

Wir halten unsere sämtlichen Werkstätten offen! Diejenigen Akkordarbeiter, die zu den neuen Bedingungen arbeiten wollen, können die Arbeit am 27. Juli 1930 zur üblichen Zeit wieder beginnen.

Weiterarbeit wird unter allen Umständen als Einverständnis angesehen!

Diejenigen Akkordarbeiter, die mit den neuen Bestimmungen nicht einverstanden sind, werden dies bis spätestens zum Schluß der Pause am Freitag, dem 18. Juli 1930, dem zuständigen Meister, damit Kettlöcher und Papiere so schnell wie möglich zum Empfang zurückgemacht werden können. Der Restlohn kann am Mittwoch, dem 23. Juli, die Abgangspapiere können am Mittwoch, dem 23. Juli, in Empfang genommen werden.

Nicht aufgelündigt sind die Arbeitsverträge der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen. Nicht aufgelündigt sind weiter die Arbeitsverträge der Wochenlöhner. Nicht aufgelündigt sind endlich die Verträge der Lehrlinge.

Diese freche Provokation gegen die „Bomag“-Arbeiter ist ein Signal für sämtliche sächsischen Metallarbeiter. So beginnen die sächsischen Metallindustriellen einen Betrieb nach dem andern niederzuklagen.

In einer Situation, in der die Ausbeuter zum entscheidenden Schlage gegen die Metallarbeiter ausholen, ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbürokraten, die Metallarbeiter zu spalten und ihre verlogene Hebe gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu vertiefen. Leichgräber, der Bezirksleiter des DMV, forderte in der Vertrauensmännerversammlung des „Bomag“-Betriebes am Donnerstag auf, daß die Genossen Mittwoch, Körner und Rosenbusch die Sitzung verlassen sollten, da sie „unorganisiert“ seien.

Die Belegschaft hat der Diktatur und der verräterischen Verbandsbürokratie die richtige Antwort erteilt. Die „Bomag“-Proleten wollen den sächsischen Metallarbeitern den Weg. In allen Betrieben der sächsischen Metallindustrie muß sofort zu der Lage Stellung genommen werden, die Lösung der Metallarbeiter muß sein:

Schluß mit den Provokationen der Kapitalisten! Schluß mit dem Kuhhandel der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie! Kampf für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Wahl von Delegierten für den Landeskongreß der RSD am 2. und 3. August in Dresden!